



Die ISDS Fälle - Chevron vs. Ecuador

Name des Falles:

CHEVRON VS ECUADOR

Zusammenfassung:

Ölkonzern verklagt Ecuador, nachdem das Land Kompensationszahlungen für die verheerende Ölpest im Amazonasgebiet forderte.

Status:

Chevron hat gewonnen

Was steht auf dem Spiel:

Streitsumme: Unbekannt

Details:

Der Fall begann 2009 und basiert auf einem Investitionsvertrag zwischen den USA und Ecuador. Das Urteil wurde im September 2018 gefällt.



Giftiges Rohöl im ecuadorianischen Amazonas, in der Nähe des Lago Agrio. Foto: Flickr 2010, Rainforest Action Network, CC BY-NC 2.0

Worum geht's in dem Fall?

1963 vergab die ecuadorianische Militärjunta eine Förderkonzession für ein noch unerschlossenes Gebiet im Amazonastiefland an den US-amerikanischen Ölkonzern Texaco. Bis 1992 entsorgte der Konzern über 113 Milliarden Liter giftiger Abfälle und Rohöl im Regenwald; riesige Waldflächen und Flüsse wurden kontaminiert. Steigende Krebsraten und Missbildungen bei Neugeborenen waren die Folge. Die Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung ist zerstört.

1993 leiteten 30.000 indigene Kleinbäuer*innen aus der betroffenen Region ein Gerichtsverfahren gegen Texaco ein. Die Klage ging an Chevron über, als Texaco 2001 von Chevron übernommen wurde. 2011 befand ein ecuadorianisches Gericht den Konzern für schuldig. Chevron wurde zu einer Kompensationszahlung von 18,2 Mrd. Dollar - später

reduziert auf 9,5 Mrd. Dollar - verurteilt. Das Urteil wurde 2012 vom ecuadorianischen Höchstgericht und 2018 vom Verfassungsgericht bestätigt.

Da die Klage ursprünglich in den USA eingebracht und dann nach Ecuador zurückverwiesen wurde, konnte Chevron in den USA Berufung einlegen. Ein US-amerikanisches Gericht entschied 2014 zugunsten des Konzerns. Der Prozess war jedoch von schweren Verfahrensfehlern geprägt: Der Zeuge Alberto Guerra, der angegeben hatte, der Richter des ecuadorianischen Prozesses Nicolas Zambrano sei bestochen worden und habe das Urteil nicht selbst verfasst, musste später vor Gericht zugeben, dass dies gelogen war - er selbst hatte Geld und Vergünstigungen von Chevron angenommen. Der zuständige Richter Lewis. A. Kaplan hatte entgegen den Vorschriften nicht offengelegt, dass er Aktien von Fonds mit Chevron-Beteiligung besitzt.

Die Konzernklage

Um den Schuldspruch vor dem ecuadorianischen Gericht zu unterlaufen reichte Chevron 2009 eine ISDS-Klage gegen Ecuador ein – zunächst mit der Begründung, dass sich Texaco im Jahr 1995 mit der ecuadorianischen Regierung auf eine Entschädigungszahlung geeinigt habe und die Klage der betroffenen lokalen Bevölkerung deshalb unzulässig sei. Allerdings galt diese Vereinbarung von vorneherein nur für die Forderungen des Staates. Forderungen Dritter, wie der lokalen Bevölkerung, waren explizit ausgenommen. Auch war die vereinbarte Summe viel zu gering. Nach dem Urteil gegen Chevron im Jahr 2011 verlangte der Konzern dann, dass der Schuldspruch des ecuadorianischen Gerichts aufgehoben wird.

Das ISDS-Schiedsgericht entschied im September 2018 zugunsten von Chevron. Als Begründung wurden die längst widerlegten Bestechungsvorwürfe aus dem US-amerikanischen Prozess angeführt. Ecuador wurde zu einer Zahlung in unbekannter Höhe verurteilt und aufgefordert, sein nationales Gericht von der Durchsetzung des Urteils aus dem Jahr 2011 abzuhalten und den Konzern damit von der Verpflichtung zu entbinden, die staatliche Rechtsprechung zu befolgen.

Unser Urteil

Der Chevron-Fall, in dem erstmals ein demokratisch legitimes staatliches Gerichtsurteil ausgehebelt

wurde, ist ein gefährlicher Präzedenzfall. Konzerne werden damit ermutigt, Prozesse vor privaten Schiedsgerichten zu initiieren, um staatliche Gerichtsurteile zu annullieren.

Staaten müssen die Möglichkeit haben, gegen Konzerne vorzugehen, die auf ihrem Territorium Umweltkatastrophen verursachen und gegen Klimaschutz und Menschenrechte verstoßen. Die Menschen, die seit Jahrzehnten unter der von Texaco/Chevron verursachten Umweltkatastrophe leiden, müssen endlich entschädigt, die betroffenen Gebiete saniert werden.

DIE KAMPAGNE ZUM FALL: RECHTE FÜR MENSCHEN, REGELN FÜR KONZERNE - STOPP ISDS



Ziel der europaweiten Kampagne „Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne - Stopp ISDS“ ist, die schädlichen Sonderklagerechte für Konzerne endgültig abzuschaffen. Ein breites Bündnis von Organisationen und sozialen Bewegungen trägt die Kampagne in Österreich. Attac beteiligt sich im Rahmen der Plattform *Anders Handeln*.

attac.at/stopp-isds
stopisds.org

Verbindlicher Vertrag zur Konzernregulierung

Bei den Vereinten Nationen laufen derzeit Verhandlungen für einen rechtsverbindlichen UN-Vertrag für transnationale Unternehmen. Verlaufen die Verhandlungen für den UN-Vertrag erfolgreich, können transnationale Konzerne endlich zur Verantwortung gezogen werden.

Im Moment ermöglichen ISDS vor privaten Schiedsgerichten, dass Unternehmen ihre investitionsrechtlichen Privilegien in Ländern auf der ganzen Welt durchsetzen. Umgekehrt besteht jedoch keinerlei Möglichkeit, die Verpflichtungen von Konzernen völkerrechtlich durchzusetzen. Oft entziehen sich multinationale Unternehmen der Verantwortung für Handlungen außerhalb der Länder, in denen sie ihren Sitz haben.

Das Verfahren des **Investor-State Dispute Settlement (ISDS)** und die dafür notwendigen privaten Schiedsgerichte geben Unternehmen weitreichende Privilegien - und den Zugang zu einemeigenen Rechtssystem, nur um dieses durchzusetzen. Das bedroht Demokratie und Umwelt-**ISDS muss gestoppt werden!**

%attac

